

# Das Klima ist längst verseucht

Zeit 3.9.87

Wenn alles so kommt, wie es Europas Kommissare in Brüssel wollen, dann wird den deutschen Umweltminister beim nächsten nuklearen Unfall die tonnenschwere Last nicht mehr drücken: Die in Waggonen immer noch zwischengelagerte radioaktive Molke könnte ohne Probleme verarbeitet werden, zum Beispiel in Schokolade, statt als Abfall – ähnlich wie atomarer Müll – entsorgt oder entsorgt werden zu müssen. Denn wenn tatsächlich alles so kommt, wie in der Europäischen Gemeinschaft hauptsächlich von den Franzosen gewollt, dann dürfen Nahrungsmittel von geringer Bedeutung, von denen zum Beispiel ein normaler Mensch – rein statistisch – nicht mehr als zehn Kilo im Jahr vertilgt, bis zu 12 500 Becquerel (Bq) Cäsium pro Kilo enthalten.

Im November wird auch entschieden, ob die Cäsium-Grenzwerte für Milch und Babynahrung von derzeit 370 Bq auf 1000 und für übrige Lebensmittel auf 1250 Bq angehoben werden. Das mittlerweile wegen seiner kurzen Halbwertszeit schon wieder vergessene Jod und das bisher kaum zur Kenntnis genommene Strontium dürfen Eßbares ebenfalls stärker belasten als bisher erlaubt.

Die neue Verordnung der Eurokraten soll nach dem nächsten Strahlenregen auf die Öffentlichkeit beruhigend wirken. Solche Weitsicht ist beachtlich und bedrückend zugleich. Treffen die Verantwortlichen in Brüssel doch nicht nur Vorsorge für den nächsten nuklearen Unfall, der ja – rein rechnerisch – erst wieder in vielen Jahren passieren kann, sondern generell für den Fall „anomalere Radioaktivitätswerte“. Die kamen zwar im vergangenen Jahr per Wolke aus dem Osten, wo angeblich alles längst nicht so sicher ist wie bei uns. Dafür sind die westlichen Atommanager aber dreister – und produzieren ihre Radioaktivitätswerte selbst.

Die EG beschloß jüngst Versuche mit einem hoch radioaktiven Stoff mitten in Frankreich. Knapp dreißig Kilometer von Paris entfernt setzte eine Kernforschungsanlage Gas frei, dessen Radioaktivität dem 35fachen dessen entspricht, was ein französisches Atomkraftwerk in einem Jahr höchsten emittieren darf. Die Versuche sollen fortgesetzt werden (siehe ZEIT Nr. 22/1987).

Auch daß die Deponien für radioaktiven Abfall ihrer vielen Kernkraftwerke überquellen, stört die Franzosen offensichtlich wenig. Sie setzen eben auf Atomstrom und denken manchmal schon laut darüber nach, den radioaktiven Müll auf den Mond zu schießen. Nur langsam wächst in Frankreich der Widerstand gegen die hierzulande mittlerweile überaus umstrittene nukleare Energiegewinnung. Doch die Franzosen bauen ihre Meiler munter weiter. Und weil sie den vielen Strom gar nicht selber brauchen, wollen sie ihn demnächst der Bundesrepublik verkaufen.

Kein Wunder, daß zum Erhalt des gemeinsamen Marktes die kollektive Verdrängung erwartet wird. In diesem verseuchten politischen Klima versucht Umweltminister Klaus Töpfer, bei den Grenzwerten zu retten, was zu retten ist. Die Frage bleibt, wann ihm die Luft ausgeht.

Damit bis zum Ende die Solidarität erhalten bleibt, sollen einzelstaatliche Verbote und Beschränkungen ausgeschlossen werden. Das wird vor allem den deutschen Finanzminister beruhigen. Er hat nämlich – gemeinsam mit den Bundesländern – als einziger in Europa Entschädigungen für verseuchte Produkte nach Tschernobyl gezahlt, bis jetzt fast eine halbe Milliarde Mark. Doch was nach der ersten Katastrophe hierzulande noch als ungenießbar galt, wird nach der nächsten dann per EG-Beschluß völlig unschädlich sein. Gansper ist, was wirtschaftlich verkraftbar erscheint. So einfach ist das mit den Strahlen.

Dabei kennt niemand ihre Folgen für die Gesundheit. Klar ist nur, daß jede zusätzliche Strahlung gefährlich sein kann. Weil allgemeingültige

Grenzwerte deshalb nur sehr willkürlich festzulegen sind, beschloß der deutsche Gesetzgeber zu Zeiten, als er Kernkraftwerke noch für absolut sicher hielt, ein Strahlenschutz das Minimierungsgebot: So wenig Belastung wie möglich. Doch das kann teuer werden, wie man seit den Entschädigungen für Tschernobyl in Bonn weiß. Schon kurz nach der Katastrophe in der Ukraine waren Zweifel aufgekommen, ob die eine Milliarde Mark reicht, die in solchen Fällen als Höchstgrenze für Entschädigungen festgeschrieben ist.

In Frankreich verbreiteten nach Tschernobyl alle Medien zwei Wochen lang, das Land sei von den Folgen verschont geblieben. Dann hieß es, daß die radioaktive Belastung sinke, die es angeblich gar nicht gegeben hat. Viel half diese Strategie nicht. Auch die französischen Verbraucher wurden irgendwann skeptisch. Den Strahlenschaden ersetzten die Bauern und Händlern niemand.

Als in der Bundesrepublik die finanziellen Folgen unüberschaubar zu werden drohten, ersetzte man das Minimierungsgebot durch das Verteilungsprinzip. Es funktioniert wie beim Staub: Ein Hausputz beseitigt ihn nicht, verteilt ihn nur anders. Hoch belastete Dosenmilch sei ungefährlich, hieß es zum Beispiel, weil sie durch das Verdünnen mit Kaffee auf den geltenden Grenzwert sinke – nur noch aufs Mischungsverhältnis kam es in diesem Fall an. Und wer demnächst radioaktive Nüsse pur ißt, hat eben selbst Schuld. Sie gehören erleben ins Müsli. Das ist dann nach EG-Recht im doppelten Sinne gesund.

Realisten begriffen schnell, daß das langlebige Cäsium trotz aller Grenzwerte immer noch da ist, nur nicht dort, wo es runterkam. Weil es sich großflächig verteilt, wird eben nur das Mischungsverhältnis besser. Und das ist allenfalls eine Frage der Zeit.

Und wen das alles noch nicht überzeugt, der sollte noch mal intensiv über das Beispiel von natürlichen Strahlendosen eines

vermutlichen Experten auf diesem Gebiet nachdenken, das in der Firmenschrift eines Kraftwerkbauers veröffentlicht wurde: „Wenn jemand von Hannover nach Koblenz umzieht und sich jeweils fünf Stunden am Tag im Freien aufhält, dann führt die höhere terrestrische Strahlung in Koblenz in den nächsten fünfzig Jahren zu einer größeren Dosiserhöhung als die bisher berichteten höchsten Werte der Tschernobyl-Folgen in deutschen Ländern.“ Und: Die zusätzliche Radioaktivität aus Tschernobyl erhöhe die Strahlenbelastung in fünfzig Jahren nur um ein bis acht Prozent. Die Rechnung ist kaum anzuzweifeln. Auch nach dem nächsten Knall wäre – rein rechnerisch – die sowieso schon vorhandene Strahlung wieder einmal nur um ein paar Prozentpunkte gestiegen. Statistiker nennen diese Phänomene Basiseffekt, der den Blick aufs Wesentliche verstellt.

Mag sein, daß sich Menschen langfristig an eine stärkere Strahlenbelastung gewöhnen. Wie immer, wenn alles mit allem zusammenhängt, werden sich auch in diesem Fall die Wissenschaftler noch lange Zeit über den Zusammenhang von Ursache und Wirkung streiten. Derweil aber Grenzwerte für verseuchte Lebensmittel, die Menschen selbst zur Strahlenquelle machen, drastisch hochzuschrauben ist unverantwortlich.

Die erste bittere Erfahrung zeigt, daß es fast unbezahlbar wäre, nach einem Gau in Westeuropa die Grenzwerte niedrig zu halten. Doch anstatt sie jetzt vorsorglich schon anzuheben, könnten die Freunde und Förderer des sauberen und billigen Atomstroms ebenso gut die Gelegenheit nutzen, um ihre Strompreiskalkulationen zu überprüfen. Die Grenzwert-Spezialisten reagierten jedenfalls schnell, auch wenn – rein rechnerisch, versteht sich – eine Katastrophe nur alle fünfundzwanzig Jahre passiert und wir es, weil die Sowjets versagten, nun gerade erst hinter uns haben.

---

**Aus dem ersten großen  
Kernkraftunfall zie-  
hen die EG-Kommissare  
einen unverantwortlichen  
Schluß: Sie wollen  
die Grenzwerte für  
Radioaktivität bei  
Lebensmitteln drastisch  
erhöhen.**

---